

Auch Kreistagsabgeordnete für dumm verkauft?

SPD-Kreistagsfraktion bezieht Stellung zur geplanten Deponie in Haaßel

HAABEL. „Es mag populistisch klingen, wenn sich die SPD-Kreistagsfraktion erst jetzt eindeutig gegen Art und Umfang der geplanten Deponie in Haaßel ausspricht“, hat der umweltpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Volker Kullik, gestern in einer Presseerklärung betont. „Doch unser Informationsstand war kein anderer, als der, der betroffenen Menschen vor Ort.“ Erst die Berichterstattung der Bremervörder Zeitung und entsprechende Leserbriefe, insbesondere der von Sabine Meyer, hätten den SPD-Kreistagspolitikern das ganze Ausmaß und die Tragweite der Planung verdeutlicht.

Für die Abgeordneten der SPD stellte sich die Sachlage bisher so dar: Nachdem die ehemalige kreiseigene Hausmülldeponie nicht mehr erforderlich war, wurde eine entsprechende Darstellung im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises herausgenommen. Im Jahre 2004 wurde eine Teilfläche für landwirtschaftliche Zwecke verkauft. „Nach Aussage des damaligen Landrates Dr. Fitschen sollte die Restfläche für Naturschutzzwecke und Ausgleichsmaßnahmen zurückgehalten werden. Im Jahre 2009 stimmte der Kreistag dann allerdings einstimmig einem weiteren Flächenverkauf für eine Bauschuttdeponie der Firma Kriete zu“, heißt es in der Pressemitteilung der SPD.

30 Meter hohe Deponie

„Wie sich jetzt zeigt, war man zu blauäugig, als man annahm, es handele sich um Bauschutt aus dem Landkreis Rotenburg. Nach den seinerzeit bekannten Informationen musste man unter ‚Bauschutt‘ das verstehen, was ein Laie eben gemeinhin darunter versteht: Steine, Mörtel, Zement“, betont Kullik.

Zu keiner Zeit sei jedoch von einer bis zu 30 Meter hohen De-



Volker Kullik



Bernd Wölbern

ponie mit gefährlichen Stoffen aus der Abgasbehandlung, von Bohrschlämmen und -abfällen, von Abfällen aus Bodensanierungen, Filterstäuben, schwermetallhaltigen Abfällen, Filterkuchen, asbesthaltigen Baustoffen, Schlacken (die Auflistung möglicher Stoffe umfasst fünf DIN-A-4-Seiten!) die Rede gewesen, die aus dem gesamten Elbe-Weser-Raum stammen können“, zeigt sich Kullik empört.

„Hätte sie vorher Kenntnis von derartigen Plänen gehabt, hätten die Mitglieder der SPD-Fraktion einem Verkauf der landkreiseigenen Flächen sicher nicht zugestimmt. Vermutlich gilt das für andere Abgeordnete auch“, sagt Fraktionschef Bernd Wölbern.

Für eine solche Deponie wäre nach Ansicht der SPD-Fraktion ein völlig neues Suchraumverfahren erforderlich. Hier könne nicht einfach auf Jahrzehnte alte Planungen für eine kreiseigene Hausmülldeponie zurückgegriffen werden. Die Prüfung von Alternativstandorten wäre unumgänglich gewesen.

Besonders kritisch sieht die SPD-Fraktion auch, dass ohne Kenntnis der Abgeordneten ein so genanntes Zielabweichungsverfahren zum RROP durchgeführt wurde: „Ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft wurde damit teilweise quasi aufgehoben. Hier hätte mindestens eine Information der Gremien des Kreistages erfolgen müssen, zumal die

Fläche laut eigenem Landschaftsrahmenplan die Bedeutung eines Naturschutzgebietes erfüllt und zusätzlich bereits durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen betroffen sind“, wie Kullik betont.

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion bemühen sich jetzt, diesen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern und wollen Akten-einsicht nehmen. Der Informationsveranstaltung am 3. Mai wird nach Überzeugung der Sozialdemokraten eine wichtige Rolle zukommen. Zudem hat Volker Kullik als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung des Kreistages die Behandlung als eigenständigen Tagesordnungspunkt für eine Sitzung am 11. Mai beantragt.

Mehr Transparenz

Fazit der SPD: „Das Beispiel zeigt, dass der Flächendruck auch in unserem Landkreis deutlich zunehmen wird. Transparenz in Planungsverfahren – und nicht erst kurz vor Verfahrensabschluss – wird wichtiger denn je. Sie muss endlich Grundlage politischen Handelns sein.“

Kullik: „Es darf nicht vergessen werden, dass wir alle Müll produzieren beziehungsweise zur Müllproduktion beitragen und damit entsprechende Deponien notwendig werden. Richtig ist aber auch, dass sich mit Müll Geld verdienen lässt und bei der Standortauswahl dünn besiedelte ländliche Bereiche, in denen mit wenig Widerstand gerechnet wird, bevorzugt in den Fokus geraten.“ Die Vorgänge um die geplante Deponie haben aus Sicht der SPD-Fraktion jedoch auch etwas Positives: „Es gibt in unserem Landkreis aufmerksame Menschen, die sich einmischen, eine funktionierende Presselandschaft, einen aktiven NABU und Dorfgemeinschaften, die zusammenhalten, wenn es ernst wird. Das macht Hoffnung.“ (bz)